

HL/sl

5. Juli 1967

Kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen der Schweiz
mit den Oststaaten

I. Historisches

Die Frage der Vertretung der schweizerischen Geisteswelt nach aussen ist im Verlaufe der letzten Jahrzehnte verschiedene Male Gegenstand bundesrätlicher Aeusserungen gewesen. Zur Zeit des heraufziehenden Gewitters vor dem 2. Weltkrieg galt es, uns auf unser geistiges "Patrimonium" zu besinnen und es über die Grenzen als geistige Landesverteidigung wirksam werden zu lassen. In der Botschaft an die Räte vom 9. Dezember 1938, die "les moyens de maintenir et de faire connaître le patrimoine spirituel de la Confédération" betraf, wurde eine Art Grundstein, eine "Magna Charta" für die Zukunft geschaffen. Sie beruht auf zwei Hauptpfeilern:

Angesichts der foederalistischen Struktur unseres Staates sollen die zu ergreifenden Massnahmen nicht zu Zentralismus führen, vielmehr soll die Autonomie der Kantone gewahrt bleiben.

Die Kultur muss ihren freien Charakter behalten. Wenn auch der Staat mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln das kulturelle Leben fördert, soll doch stets die schöpferische Kraft des einzelnen Individuums und nicht die des Staates die Basis allen Handelns sein.

Die Botschaft führte später zum Bundesbeschluss betreffend die Schaffung der Stiftung Pro Helvetia, die u.a. die Aufgabe erhielt, sich der Förderung der schweizerischen Kultur im Ausland anzunehmen.

Die vorgezeichneten prinzipiellen Richtlinien haben auch die Grundlage der Antwort gebildet, die das Politische Departement auf die Aufforderung zum Abschluss von Kulturabkommen hin im Jahre 1953 an die UNESCO gerichtet hat. Das Departement schrieb damals:



- 2 -

"Eu égard à la situation du pays et à sa structure, le Conseil fédéral a toujours considéré qu'il était inopportun pour la Suisse de conclure des accords culturels. Il estime devoir s'en tenir à cette attitude. En revanche, il a toujours été disposé à faciliter la conclusion d'accords particuliers entre des institutions culturelles suisses et étrangers lorsqu'ils paraissent désirables dans certains secteurs de la vie culturelle et sur des points déterminés."

Was die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Osten anbelangt, die in den letzten Jahren wiederholt zu Publikumsreaktionen, zum Teil emotioneller Natur, geführt haben, hatte der Bundesrat im Jahre 1962 Gelegenheit, Stellung zu nehmen: In der Antwort auf die Interpellation Reverdin vom 20. Dezember 1961 gab Herr Wahlen seine Auffassung über die Beziehungen zu den Oststaaten bekannt, die wohl heute mutatis mutandis noch wegleitend sein kann.

Ausgehend von dem für den Staat massgebenden Grundsatz der Neutralität, von dem sich derjenige der Universalität und derjenige der Disponibilität zu guten Diensten ableiten lassen, wird in der Antwort hervorgehoben, dass der Schweiz in der Situation der Koexistenz zwischen zwei ideologisch verschiedenen Machtblöcken die Aufgabe zufällt, Gegensätze zu mildern und zur Entspannung beizutragen. Die Entwicklung in den Oststaaten zeige bis zu einem gewissen Grade, dass der der menschlichen Natur inne wohnende Drang zur Freiheit und zur Achtung der menschlichen Würde nicht dauernd unterdrückt werden könne. Durch Vermehrung der Kontakte haben die freiheitlichen Ideen, von denen wir überzeugt sind, Chance, im östlichen Bereich weiter entwickelt zu werden. Ein hermetisches Abschliessen schien demgegenüber dem Bundesrat nicht geeignet zu sein, das Bemühen um eine west-östliche Annäherung zu fördern. Bundesrat Wahlen erklärte hiezu in seiner Antwort insbesondere:

- 3 -

"A quelles conditions certains contacts devraient-ils être entretenus? Un postulat important serait celui de la réciprocité totale des relations. Nous savons toutefois qu'il n'est pas possible de le réaliser à cause des conditions différentes dans lesquelles les manifestations culturelles ont lieu de part et d'autre. Divers pays cherchent à s'assurer cette réciprocité par des accords culturels bilatéraux. Le Conseil fédéral n'est pas seulement d'avis que pour notre pays la conclusion d'accords culturels bilatéraux ne résoudrait pas le problème, mais il est aussi opposé au principe des échanges culturels dirigés par l'Etat. Nous devons essayer de réaliser la réciprocité donnant donnant, dans la mesure où cela est possible. Le plus simple serait d'y arriver dans le domaine de la technique et des sciences naturelles. C'est sur ce plan que l'universalité de l'échange d'informations, à l'exception des questions de technique d'armement, a été le mieux maintenue. L'échange dans le domaine de la littérature, du théâtre, de la musique, de l'art en général présente de plus grandes difficultés. Une certaine coordination des méthodes et des actions semble souhaitable. On peut tirer des leçons profitables des expériences faites dans ce domaine pour la Fondation Pro Helvetia. Il ne s'agit pas là en premier lieu d'une tâche de l'Etat. Selon notre conception libérale, telle qu'elle est exposée dans le Message du Conseil fédéral du 29 juillet 1948 sur la création d'une Fondation "Pro Helvetia", il appartient aux organes scientifiques, culturels et sportifs d'entretenir des contacts sur une base aussi réciproque que possible et moyennant les garanties désirables. A cette occasion il faut à nouveau souligner qu'un comportement défensif ne tiendrait pas compte de ce que nous avons à offrir."

Abschliessend kam der Bundesrat zu folgendem Schluss:

"Envers l'étranger nous devrions exercer avec prudence et confiance en soi la mission que nous avons choisie et qui consiste à nous mettre au service de la compréhension et de la paix dans le monde divisé. Le Conseil fédéral a la conviction profonde que notre Etat pour ce qui le concerne et nos citoyens dans leur grande majorité sont à la hauteur de cette tâche."

II. Gegenwärtige Situation

1. Gerade in der gegenwärtigen Lage bietet die Pflege der bilateralen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen mit dem Osten zweifellos Möglichkeiten einer aktiveren Aussenpolitik, wie sie auch von parlamentarischen Kreisen vermehrt gewünscht wird. Die Maxime "Neutralität und Solidarität" muss besonders jetzt wegleitend sein für unsere Tätigkeit im Osten. Der geistige Kontaktbereich, der naturgemäss der staatlichen Macht nicht in so direkter Weise unterworfen ist wie der politische und der wirtschaftliche, eignet sich im Grunde in hervorragendem Masse als internationales Betätigungsfeld für den demokratischen Kleinstaat. In diesen geistigen und geographischen Gefilden "solidarisch" zu wirken, sollte somit in verstärktem Masse schweizerisches Anliegen sein. Gewisse deutlicher werdende Regungen in der Bevölkerung Ost-Europas zugunsten einer Befreiung von staatlichen Doktrinen wirken hierbei ermutigend. Prinzipiell sollte deshalb jede vertretbare Anstrengung der Schweiz unternommen werden, um die geistigen Berührungspunkte zu vermehren und zu vertiefen.

Damit soll aber nicht nur eine abstrakte politische Entspannungphilosophie als Maxime des schweizerischen Staates in die Tat umgesetzt werden, die keinen Rückhalt in unserer Volke hat;

vielmehr ist auch ein genuines Bedürfnis unserer privaten Kulturkreise auf dem Spiel, die in zunehmendem Masse Interesse an kulturellen und wissenschaftlichen Aktivitäten des Ostens zeigen. Es sei nur die Bereicherung erwähnt, die uns zum Beispiel die künstlerisch wertvollen tschechischen Filme oder gewisse wissenschaftliche und technologische Leistungen der UdSSR bringen können.

Im Sinne dieser grundsätzlichen Ueberlegungen ist aber festzuhalten, dass die Vertiefung der Beziehungen mit dem Osten auf dem Wege über die Kultur einer Entpolitisierung, einer Versachlichung dienen sollte. Hier liegen indessen die Schwierigkeiten im Verkehr mit der Welt der totalitären Regime, die nach den Grundthesen des Marxismus-Leninismus gerade die geistige Auseinandersetzung zum Instrument ihrer politischen Ziele degradieren möchten. In ihrer Sicht soll im Gegensatz zur westlichen Konzeption der Sinn der geistigen Begegnung nicht in der Förderung der individuellen schöpferischen Kraft bestehen, vielmehr soll sie in den Dienst des vom Staat getragenen sogenannten "allgemeinen Interesses" gestellt und von ihm beherrscht werden. Trotz den erwähnten Verselbständigungs- und Liberalisierungstendenzen muss man sich immer wieder die Tatsache vor Augen halten, dass die ideologischen Richtlinien noch wegleitend bleiben. So zeigen die neuesten Beispiele in der UdSSR und in Polen, dass man in der bildenden Kunst und vor allem in der Literatur von einer eigentlichen "Liberalisierung" weit entfernt ist.

Es ergibt sich hieraus eine Konfliktsituation besonderer Art. Wenn zwei dasselbe sagen - Ost und West sprechen von der Förderung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen - meinen sie nicht dasselbe. Nach überwiegender Auffassung der schweizerischen Sachverständigen wäre es aber trotzdem verfehlt, in dieser Auseinandersetzung gänzlich in der Abwehr zu bleiben. So haben denn auch die Bundesbehörden, die für Visumserteilung und für Filmeinfuhr aus dem Osten zuständig sind, im allgemeinen eine liberalere Praxis eingeführt. Unsere diplomatischen Vertreter im Osten ermuntern ihrerseits den Austausch von Personen und Aktionen in einem gewissen Rahmen. Im Sinne der Antwort auf die Interpellation Reverdin gilt zur Zeit wohl

noch in vermehrter Masse, dass die Schweiz als kleines, neutrales Land gute Aussichten hat, mit ihrem Gedankengut im Osten glaubwürdig aufzutreten, zumal grössere westliche Länder eher noch dem Verdacht ausgesetzt sind, auf dem Umweg über Kultur und Wissenschaft nationalistische Ziele anzustreben.

Andererseits ergibt sich aus dem besonderen Charakter dieser west-östlichen Heterogenität, dass der Westen in verschiedener Hinsicht benachteiligt ist: Die staatlich dirigierte Kultur- und Wissenschaftspolitik des Ostens hat den Vorteil, dass die besten Exponenten für die Kontakte für die Auslandswerbung "kommandiert" werden können, und dass diese nach entsprechender Schulung und Indoktrinierung wohl-vorbereitet auf ihre Mission geschickt werden; demgegenüber ist es gerade für ein Land wie die Schweiz schwierig, die geeigneten Geistesvertreter, die ohnehin nicht in grosser Zahl disponibel sind, für derartige Aufgaben zu gewinnen. In unserem "System" kommt daher leicht die Tendenz auf, dass sich Persönlichkeiten für Ostkontakte interessieren, die ideenmässig den dortigen Regimen näher stehen oder solche, denen die politischen Hintergründe fremd sind. Es kann daraus eine gewisse Ungleichheit in der geistigen Auseinandersetzung resultieren, aus der der Osten Nutzen zieht. Zudem kann im Osten gelegentlich durch das Wirken solcher westlicher fellow-travellers ein falsches Bild über die Gesamtstimmung bei uns entstehen.

Infolge der foederalistischen Struktur unseres Landes wird das Handikap in der Auseinandersetzung auch dadurch vergrössert, dass die Kantone verfassungsmässige Träger der Kulturhoheit sind; die an sich wünschbare zielbewusste zentrale Lenkung gewisser Aktionen wird dadurch erschwert. Die Bundesstellen müssen sich, soweit nicht die eigentliche Aussenpolitik tangiert wird, darauf beschränken, Empfehlungen und Ratschläge zu erteilen, das Klima für eine erspriessliche Austausch-tätigkeit zu verbessern, die Kontakte zu erleichtern. Den mit Kultur- und Wissenschaftspolitik betrauten Institutionen wie Pro Helvetia, Nationalfonds, Erziehungsdirektoren-Konferenz, neuerdings dem konsultativen Wissenschafts-Rat usw. obliegt es, an den Richtlinien für die Gestaltung der entsprechenden Aussenbeziehungen mitzuarbeiten, ihnen den thematischen Inhalt zu geben und eine Koordination

herbeizuführen. Natürlich haben hierbei die zuständigen Gremien des Parlaments ihr Wort mitzureden. Schliesslich sollten sich auch Presse, Radio sowie die politischen Parteien als meinungsbildende Elemente an der Diskussion über eine sinnvolle "Ostpolitik" beteiligen. In der Praxis hängt es weitgehend von einzelnen, geistig führenden Persönlichkeiten ab, wie diese Beziehungen mit dem Osten ausgestaltet werden.

Dass auf dem sich in rascher Entwicklung befindenden Sektor der Naturwissenschaften, der exakten Wissenschaften und der Technologie das traditionelle Klima der freien, individuellen, unkoordinierten Entfaltung der Kräfte nicht mehr zeitgemäss ist, wird immer mehr erkannt. Eine gewisse Koordination und sogar Zentralisierung in dieser, hohe Subventionen beanspruchenden, auch für die Wirtschaft wichtigen Sparte wird sich auf die Dauer nicht umgehen lassen, was auch seine Wirkung auf die Ostbeziehungen haben wird. Damit wird auch die politische Rolle der Exekutivbehörden unwillkürlich an Bedeutung gewinnen.

Die spezifischen Verhältnisse des schweizerischen Kleinstaates bringen besondere Schwierigkeiten quantitativer Art mit sich, was sich vor allem im wissenschaftlichen Sektor auswirkt: Sowohl personell als auch finanziell sind wir für eine aktive Austausch-tätigkeit mit dem Osten schlecht gerüstet. Die wenigen Mittel, die die Pro Helvetia für das ganze Ausland zur Verfügung hat, erlauben nur eine sehr kleine Zahl von Aktionen. Im Wissenschaftssektor stehen überhaupt keine eigentlichen Budgetpositionen zur Verfügung. Es müssen von Fall zu Fall Kredite beschlossen werden, die sich angesichts unserer Finanzlage im kleinen Rahmen bewegen. Auch das nötige Personal für eine Intensivierung dieser Beziehungen und eine Fruktifizierung der aus dem Ausland rezipierten Leistungen steht leider noch lange nicht im wünschbaren Masse zur Verfügung.

Diese ungünstigen "infrastrukturellen" Gegebenheiten sind - abgesehen vom foederalistischen und konzeptionellen Element - auch jetzt immer noch ein Hindernis für den von verschiedenen Seiten erneut befürworteten Abschluss von Kultur- und Wissenschaftsabkommen; (eine Frage, die vom EPD immer wieder erwogen und nach allen Seiten hin

ernsthaft überprüft wird). Indessen geht man neuerdings konkreter dazu über, besondere Arrangements, Austauschprogramme, Vereinbarungen usw. ins Auge zu fassen, die zwischen Universitäten, Akademien und ähnlichen Institutionen hüten und drüben abgeschlossen werden können. Damit wird eine, wenn auch mehr pragmatische, Institutionalisierung der Beziehungen eingeleitet. Es sei hier angeführt, dass Schweden, obzwar dieses Land den Föderalismus nicht kennt, mit Rücksicht auf ähnliche grundsätzliche Ueberlegungen wie wir, bis jetzt keine zwischenstaatlichen Abkommen abgeschlossen hat. Ein jugoslawischer Regierungsvertreter hat übrigens kürzlich erklärt, dass kulturelle Beziehungen mit westlichen Partnern auch ohne Abkommen nutzbringend gefördert werden können.

Es liegt auf der Hand, dass unter den gegebenen Umständen dem diplomatischen Dienst unseres Landes eine wichtige Rolle zufällt. Unsere diplomatischen Vertreter, die wie Antennen im Ausland wirken, können der Stiftung Pro Helvetia bei der Planung und Disposition von Auslandsaktionen helfend zur Seite stehen. Sie können die Aufnahmefähigkeit der Abnehmer für gewisse "Produkte" feststellen. Sodann kommt ihnen eine Mittlerrolle zu. Durch Kontakte mit Regierungen, Organisationen, Kulturexponenten usw. können die Vertretungen bei diesem Prozess der Planung Anregungen und Vorschläge machen. Vor allem aber ist unser diplomatischer Apparat in der Lage, eine für die Schweiz wertvolle Informationstätigkeit über alles kulturelle und wissenschaftliche Geschehen im Ausland auszuüben und in umgekehrter Richtung aufklärend zu wirken. Schliesslich werden unsere Vertreter auch bei der Durchführung von Aktionen - z.B. Ausstellungen, Vortragsreisen, wissenschaftlichen Studienreisen usw. - aktiv mitwirken können. Wir sind denn auch daran,^{den} ^{Dienst} allgemein in diese Richtung zu aktivieren. Der Kulturdienst, der eng mit der Pro Helvetia zusammenarbeitet, soll reorganisiert und verstärkt werden. Die Auslandsvertretungen werden vermehrt stimuliert, sich der kulturellen Arbeit zu widmen. In ähnlicher Weise ist der wissenschaftspolitische Dienst im Departement bereits verstärkt worden, der seinerseits die Auslandsvertretungen zu einer intensiveren Mitarbeit anspornt.

In beiden Sektoren werden - nach Massgabe ihrer Bedeutung im Verhältnis zum übrigen Ausland - die Oststaaten einbezogen. Was die UdSSR im besonderen anbelangt, beschäftigt sich ein diplomatischer Mitarbeiter in Moskau weitgehend mit den kulturellen Belangen. Es ist im übrigen geplant, einen Wissenschaftlichen Attaché unserer dortigen Botschaft zuzuteilen.

2. Ausserdem sei noch auf die Möglichkeit hingewiesen, die schweizerische Vertreter haben, in multilateralen Gremien Kontakte mit Vertretern von Oststaaten zu pflegen. In dieser Hinsicht ist es vor allem die UNESCO, wo in gemeinsamer Arbeit zur Verwirklichung internationaler Aktionen oft eine Annäherung der Auffassungen zustande kommt. Wie Frau Professor Jeanne Herrsch, zurzeit Leiterin der Abteilung Philosophie dieser Organisation, einmal feststellte, ist vor allem die Tatsache wichtig, dass sich westliche und östliche Geistesvertreter zur Projektierung gemeinsamer Programme an den gleichen Tisch setzen, gleichgültig, welcher Erfolg den Aktionen schlussendlich beschieden ist.

Auch in anderen UN-Organisationen, beispielsweise der OMM, OMS, FAO, finden sich schweizerische Experten zusammen mit östlichen Delegierten, um gemeinsam an weltweiten Problemen von grosser Bedeutung zusammenzuarbeiten.

Es sei abschliessend betont, dass sich das Bewusstsein gemeinsamer internationaler Sorgen, ungelöster Probleme - Ernährung, Hygiene, Bevölkerungszunahme - und damit das Bedürfnis einer engeren internationalen Zusammenarbeit im Sinne von Jeanne Herrsch immer mehr entwickelt. In diesem multilateralen Arbeitsfeld haben schweizerische Vertreter in zunehmendem Masse Gelegenheit, durch praktische konstruktive Beiträge die östlichen Gesprächspartner für eine gute Sache zu gewinnen und auf diese Weise zur Entspannung beizutragen.